

Antwort auf angekündigten Ausschluss aus der Basisgruppe Nordberlin

Berlin, 07. Februar 2022

Liebe Genoss*innen,

gestern wurden wir von Genoss*innen des Sprecher*innenrats der linksjugend Basisgruppe Nordberlin informiert, dass wir aus der Chatgruppe der Basisgruppe ausgeschlossen werden und dass wir auf den Treffen der Basisgruppe nicht mehr erwünscht sind. Dieser Entscheidung gingen anscheinend Diskussionen und einer Empfehlung im FLINTA-Plenum voraus. Uns wurde mitgeteilt, dass es mehrere Genoss*innen gibt, die sich in unserer Anwesenheit unwohl fühlen, weil wir uns auf den Treffen der Basisgruppe bzw. in der Vergangenheit falsch verhalten haben sollen und es Konflikte gegeben haben soll. Tom H war zu dem Zeitpunkt auf einem Treffen, Tim auf zwei Treffen der Basisgruppe anwesend gewesen.

Wir nehmen alle Vorwürfe wegen Fehlverhaltens im Allgemeinen und gegen uns im Besonderen sehr ernst und würden uns damit gerne auseinandersetzen – jedoch wurde uns bisher nicht gesagt, worin unser Fehlverhalten eigentlich bestanden haben soll. Wir sind Mitglieder in der linksjugend [solid] und der Sozialistischen Organisation Solidarität geworden, weil wir in solidarischer Zusammenarbeit mit vielen anderen Menschen gegen den Kapitalismus kämpfen wollen. Wir haben begonnen uns in der Basisgruppe einbringen, insbesondere um einen Beitrag zur Verteidigung der neuen linken Mehrheit im Landesverband zu leisten, welche die Basisgruppe mit erstritten hat.

Gleichzeitig sind wir wirklich schockiert, wie mit diesen Vorwürfen und mit uns umgegangen wird. Wie gesagt: Wir nehmen alle Vorwürfe ernst und wollen uns diesen stellen. Aber uns wurde vom Sprecher*innenrat gar nicht erst mitgeteilt, was für Fehlverhalten uns konkret vorgeworfen wird bzw. welche vergangenen Konflikte bei dieser Entscheidung eine Rolle spielen sollen. Wir können uns nur an inhaltliche Auseinandersetzungen erinnern und uns gegenüber wurde bisher noch nie der Vorwurf herangetragen, unser persönliches Verhalten sei problematisch. Genauso wenig gab es irgendein Gesprächsangebot oder haben wir die Möglichkeit bekommen, auf die Vorwürfe zu antworten. Stattdessen wurde einfach so an der Basisgruppe vorbei entschieden, uns von der Kommunikation und den Treffen auszuschließen, und wurde die Basisgruppe bis jetzt nicht einmal darüber informiert.

Wir halten dieses Vorgehen für extrem undemokratisch und nicht geeignet, ernsthaft mit solchen Vorwürfen umzugehen und eine solidarische Atmosphäre zu schaffen. Wenn es persönliche Konflikte oder Vorwürfe von Fehlverhalten gibt, sollte unserer Meinung nach die Zielsetzung sein, die Vorwürfe konkret zu fassen und, wenn möglich, zu versuchen diese gemeinsam zu klären. Wenn es Fehlverhalten gab, sollte versucht werden, daraus gemeinsam zu lernen, um eine weitere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Je nach Art und Schwere des Fehlverhaltens können am Ende eines solchen Prozesses natürlich auch Sanktionen bis hin zu Ausschlüssen stehen und es kann unserer Meinung sogar sinnvoll sein, auch vor einer Klärung beschuldigte Personen von Treffen o.ä. zu suspendieren. Aber all diese Überlegungen setzen voraus zu wissen, was konkret die Vorwürfe umfassen.

Als Marxist*innen und linke Oppositionelle in Partei und Jugendverband mussten Mitglieder der Sol leider in der Vergangenheit schon mehrmals die Erfahrung machen, dass ihre Mitarbeit dadurch erschwert oder verhindert werden sollte, indem haltlose Behauptungen über uns in die Welt gesetzt wurden. Dahinter standen politische Differenzen, die mit unpolitischen Mitteln ausgetragen werden

sollten. Wir befürchten, dass auch in diesem Fall das Vorgehen gegen uns politische Gründe hat und es darum geht, eine Mitarbeit von erfahrenen Sol-Mitgliedern in der Basisgruppe zu verhindern.

Uns wurde außerdem mitgeteilt, wir wären nur „Sympathisant*innen“ der Basisgruppe und keine richtigen Mitglieder und deshalb würde ein „schneller und klarer Cut“ vollzogen. Uns ist mittlerweile ein Entwurf über eine Neufassung der Gruppenregeln der Basisgruppe aus dem letzten Jahr bekannt, von der wir ausgehen, dass sie die aktuelle Satzung der Basisgruppe darstellt. Zumindest dort ist nicht geregelt, wer über einen Ausschluss von Sympathisant*innen/Nicht-Mitgliedern der Basisgruppe entscheidet. Bei Mitgliedern der Basisgruppe soll laut diesen Gruppenregeln aber auf Antrag das Plenum und nicht der Sprecher*innenkreis mit einer Ankündigungsfrist von zwei Wochen entscheiden, insbesondere bei Awarenessvorfällen oder aufgrund von gruppenschädigendem Verhalten. Die betroffenen Mitglieder haben dort das Recht auf Stellungnahme zu den Vorwürfen. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir seit vielen Jahren Mitglieder des Jugendverbandes sind und es nicht verstehen, warum in unserem Fall die Basisgruppe und wir diese Rechte nicht haben dürfen sollten.

Es ist außerdem befremdlich, dass einem anderen Mitglied der Basisgruppe und der Sol einen Tag vor uns von einem Mitglied des Sprecher*innenrats mitgeteilt wurde, dass unser Ausschluss beschlossen wurde. In diesem Gespräch wurden auch Andeutungen zu den konkreten Vorwürfen gemacht – die uns gegenüber aber nicht gemacht wurden. Wir würden gerne wissen, warum mit einzelnen Genoss*innen darüber gesprochen, aber die Basisgruppe als solche nicht informiert wird.

Wir halten das Vorgehen des Sprecher*innenrats wie gesagt nicht nur für nicht zielführend, sondern auch für extrem undemokratisch. Wir haben viele Jahre die Berliner linksjugend mit aufgebaut, aber selbst als wir in linker Opposition zur reformerisch-dominierten Führung der Vergangenheit standen, waren wir nicht mit solchen Methoden konfrontiert. Wir wollen deshalb wirklich davor warnen, denn sie können in der linken und Arbeiter*innenbewegung viel Schaden anrichten, wenn sie genutzt werden, um sich zum Beispiel unliebsamer Stimmen zu entledigen. Bevor überhaupt eine solche Entscheidung getroffen werden sollte, müssen aus unserer Sicht Beschuldigte angehört werden und ein demokratisches Verfahren sicher gestellt werden.

Nur auf der Grundlage konkreter Vorwürfe können wir entweder Fehlverhalten selbst erkennen und daraus lernen oder aber dazu Stellung beziehen. Wir halten es außerdem für das Recht der Basisgruppe über Ausschlüsse zu entscheiden. Deshalb fordern wir, dass die Vorwürfe konkretisiert werden, dass das nächste Präsenzplenum unseren Fall bespricht und dass wir dort anwesend sein dürfen und Stellung nehmen können. Gleichzeitig sind wir jederzeit zu Gesprächen mit Genoss*innen bereit und hoffen, gemeinsam einen Weg zu finden, um die Zusammenarbeit für einen sozialistischen und oppositionellen Jugendverband fortzusetzen.

Mit solidarischen Grüßen,
Tim Brandes
Tom Hoffmann

Im Anhang schicken wir Screenshots der Nachrichten, die wir vom Sprecher*innenrat erhalten haben.